

Buschbrände in Australien: Folgen grüner Politik

geschrieben von H.j. Lüdecke | 17. Januar 2020

Der Autor ist zwischen 1995 und 2010 mehrfach und jeweils für einige Wochen dem deutschen Winter an der Queensländischen Sunshine Coast entkommen. Der „Australian“, größte Zeitung in Down Under, war damals tägliche Lektüre. Und natürlich gab es stets Buschbrände. Die Ureinwohner haben sie gezielt in früheren Zeiten selber gelegt. Einige australische Baumarten würden ohne diese Brände nicht einmal überleben, ihre Samenkapseln springen nämlich erst bei Feuer auf (hier).

Tatsächlich gab es schon immer diese Buschbrände im australischen Sommer. Ihre Schäden und die durch sie verursachte Gefährdung der Bevölkerung haben aber tatsächlich stark zugenommen. Wie kam es dazu? Der Australian hat über einen der wichtigsten Gründe schon vor Jahrzehnten berichtet. Das Fazit: Im Zuge der weltweiten „politischen Ergrünung“ sind damals grüne Parteien in die australischen Landesparlamente eingezogen. Dort haben sie sich als erstes mit den Forstleuten angelegt, die sich bekanntlich am besten mit Buschfeuer, dessen Verhinderung und Bekämpfung auskennen.

Alle vernünftigen ehemaligen Forst-Vorschriften wurden durch die neue grüne Politik in Victoria und New-South-Wales gesetzlich außer Kraft gesetzt. Im wesentlichen waren es die beiden folgenden Maßnahmen:

1. Baugenehmigungen auch für Grundstücke sehr nahe am Busch wurden jetzt zugelassen, ja sogar ausdrücklich gefördert. Es wurde „nahe an der Natur“ propagiert, hat ja auch etwas für sich, Naturnähe liebt jeder. Es birgt aber andererseits auch erhebliche Gefahren, vor denen die Forstexperte zwar dringend warnten, dies aber die Grünen ignorieren (erinnert an die Geschichte von Paulinchen und den Streichhölzern im Struwwelpeter).

2. Das Beseitigen von „fuel“ wurde von grüner Politik verboten! Mit „fuel“ bezeichnen dort die Fachleute leicht brennbares Gestrüpp an den Grenzen zum Busch bzw. auch im Busch!

Nebenbei und nicht unmittelbar zum Thema gehörend: Hinzu kam noch die Beseitigung von Hai-Netzen (hier), die zum Schutz von Schwimmern vor frequentierten Badestränden unter der Wasseroberfläche installiert waren. Grüne Begründung: es verfangen sich in diesen Netzen auch Delphine. Die Entscheidung in Sachen Hainetze fiel damals zugunsten der Delphine – nichts dagegen zu sagen, auch der Autor liebt diese hochintelligenten Tiere. Sie fiel aber auch zu Ungunsten der Menschen, die Erholung beim schwimmen und surfen suchten. Menschen lagen in der Gunst der Grünen unter den Delphinen. Sie sollten eben besser zu Hause

bleiben als im Meer zu schwimmen oder zu surfen.

Auch heute noch scheint die grüne Politik für Buschbrände eine gehörige Portion Mitverantwortung zu tragen, so bekundet es jedenfalls die freiwillige Feuerwehr Australiens (hier). Die automatische Google-Übersetzung ins Deutsche:

Die Volunteer Firefighters Association (VFFA), das Gremium, das die Stimme der freiwilligen ländlichen Feuerwehrleute in NSW vertritt, widerlegt die Behauptung grüner Alarmisten, dass der Klimawandel die Ursache der jüngsten Buschbrände in New South Wales ist.

Es ist lächerlich, dem Klimawandel die Schuld zu geben, wenn wir wissen, dass es in Australien weitaus schlimmere Buschbrände gegeben hat, die bis in die frühen Tage der europäischen Besiedlung zurückreichen, einschließlich des Black Saturday Victoria 2009, der NSW Bushfires 1994, des Ash Wednesday Victoria 1983, der Blue Mountains NSW 1968 und des Black Tuesday Hobart 1967 und Black Friday Victoria 1939, sagte Peter Cannon, Präsident des VFFA. Das VFFA ist verärgert über die Äußerungen der grünen Lobbygruppen, dass die Bekämpfung des Klimawandels wichtiger sei, als die vorgeschriebene Verbrennung von Waldbrennstoffen, um das Buschbrandrisiko zu verringern. Die eigentliche Schuld liegt bei den Grünen und ihrer Ideologie, da sie sich weiterhin gegen unsere Bemühungen zur Gefahrenreduzierung in den kühleren Monaten stellen, diese untergraben und verhindern, dass private Landbesitzer ihr Land roden, um das Buschfeuerrisiko zu verringern. Die Gefahrenreduzierung ist das einzige bewährte Managementinstrument, mit dem Feuerwehrleute in ländlichen Gebieten die Intensität und Ausbreitung von Buschbränden reduzieren müssen. Dies wurde in zahlreichen Untersuchungen zu Buschbränden seit der Stretton-Untersuchung zu den viktorianischen Buschbränden von 1939 festgestellt. Die Menge an „grünem Band“, die wir durchlaufen müssen, um eine Verbrennung zu genehmigen, ist mehr als frustrierend. sagt Peter Cannon. Das VFFA fordert die NSW-Landesregierung auf, den Aufwand für die Planung und Durchführung von Gefahrenreduzierungen zu reduzieren, damit unsere freiwilligen Feuerwehrleute in den kühleren Monaten mit der Durchführung von Brandschutzarbeiten beginnen können, um den unvermeidlichen sommerlichen Buschbrand und Katastrophen zu verhindern, die jetzt häufiger auftreten. Die NSW-Landesregierung muss auch ausreichende Mittel für geplante und nachhaltige Maßnahmen zur Reduzierung der Buschbrandgefahr bereitstellen, einschließlich der Schaffung von Schutzzonen für Vermögenswerte und der Modernisierung aller Brandpfade in Gebieten mit hohem Buschbrandrisiko. Denken Sie daran, dass es weitaus kostengünstiger ist, beispielsweise 66- bis 100-mal so kostengünstig, Waldbrände durch Risikominderung zu verhindern, als reaktionäre Brandreaktionen, wie wir es derzeit haben. Wie hoch ist dann angesichts der großen Zahl verlorener Häuser und sinkender Immobilienwerte durch diese Waldbrände der gesamte Steuerbetrag, wenn durch eine wirksame Verringerung der Gefährdung alles hätte verhindert werden können! Ausweitung der Fläche, die durch vorgeschriebenes Brennen auf

buschfeuergefährdeten Flächen behandelt wird, von derzeit weniger als 1% pro Jahr auf mindestens 5% pro Jahr, wie von der Victorian Royal Commission und vielen führenden Buschfeuerexperten empfohlen. Die Verringerung der Gefährdung durch vorgeschriebenes Verbrennen ist seit der Stretton Royal Commission 1939 ein wichtiges Instrument zur Verringerung der Intensität und Ausbreitung von Buschbränden bei nationalen Untersuchungen zu Buschbränden. In dieser Hinsicht unterstützt das VFFA: Strategische und gezielte Gefahrenreduzierung durch vorgeschriebene Verbrennung zur Reduzierung des Waldbrennstoffgehalts und der Buschbrandgefahr für Menschen (einschließlich der Sicherheit von Feuerwehrleuten), Eigentum und Umwelt in Gebieten, in denen ein hohes Buschbrandrisiko festgestellt wurde. Planungsansatz für das Bushfire-Risikomanagement basierend auf dem Canobolas-Modell in NSW.

Integrierte Gefahrenreduzierung durch vorgeschriebene Verbrennungs- und ergänzende Methoden wie Hieb, Beweidung und Anbau.

Bereitstellung angemessener staatlicher und staatlicher Mittel für ländliche Brandschutzbehörden, Landverwaltungsbehörden und Kommunalverwaltungen zur Schaffung und Erhaltung von Schutzzonen und Brandpfaden in Gebieten mit hohem Buschbrandrisiko auf geplanter und nachhaltiger Basis. Laufende relevante Forschung zu Brandverhalten, -verhütung und -bewältigung sowie zu den Auswirkungen von Bränden auf die Artenvielfalt durch die Bushfire Cooperative Research.

Peter Cannon

Präsident

VFFA

Dem ist nichts hinzuzufügen. Man wird unwillkürlich an grüne Politik in Deutschland erinnert. Hier geht es nicht um „fuel“ sondern um Windräder. Wir erkennen aber die „grüne“ Analogie:

Umwelt, Naturschonung und Menschen sind den Grünen inzwischen völlig egal. Sie haben sich von anfänglichen **Naturschützern** im Laufe der Zeit zu **größten Umweltverbrechern** verwandelt. So setzt es heute grüne Politik durch, falls an der Macht wie in Baden-Württemberg, dass für vernachlässigbare 3,1% Windanteil an der deutschen Primärenergie [1] Wälder und Landschaften zerstört werden. Gesundheitsgefährdender Windrad-Infraschall wird als übertrieben weggewischt. Dass diese Umweltzerstörungen andere politische Parteien auch noch mittragen, anstatt dem grünen Wahnsinn ein Ende zu bereiten, darf als eine weitere Katastrophe gelten.

Quellennachweise:

[1] Findet eine Energiewende statt? – heidOK – UNI Heidelberg, 2017.